



Redemanuskript

Die Plenarrede des Bundestagsabgeordneten und gesundheitspolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Christos Pantazis zur 2./3. Lesung des Gesetzes zur Befugnisweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege (BEEP) gehalten am 06.11.2025.

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
heute ist ein guter Tag für die Pflege. Denn heute beraten wir abschließend das Gesetz zur Befugnisweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege – das BEEP.
Dieses Gesetz bringt spürbare Entlastungen für die Pflegekräfte. Es stärkt ihre Handlungsspielräume und reduziert dokumentarische Lasten. Das ist richtig, notwendig und war längst überfällig.
Mein Dank gilt an dieser Stelle insbesondere meiner Kollegin Claudia Moll, die dieses Projekt mit großem Engagement vorangetrieben hat. Aber auch den Kolleginnen der Union, Frau Borchardt, Frau Janssen und Frau Zeulner.

Ich möchte heute jedoch auf den finanzpolitischen Teil eingehen. Denn wir stehen im kommenden Jahr vor einem Defizit von rund zwei Milliarden Euro in der gesetzlichen Krankenversicherung.
Dieses Defizit ist keine Frage politischer Versäumnisse, sondern eine Folge eines anhaltenden und ungebremsten Ausgabenanstiegs in nahezu allen Leistungsbereichen – ambulant, stationär, bei Arznei- und Heilmitteln. Das ist die Realität, der wir uns stellen müssen.
Um Beitragserhöhungen zu vermeiden und damit unser Versprechen aus dem Koalitionsausschuss einzuhalten – nämlich die Lohnnebenkosten stabil zu halten und den Faktor Arbeit nicht weiter zu belasten –, haben wir drei Maßnahmen vereinbart, die im Jahr 2026 rund zwei Milliarden Euro einsparen sollen:

1. Begrenzung der Verwaltungsausgaben der Krankenkassen,
2. Reduzierung der Mittel des Innovationsfonds,
3. und das Aussetzen der Meistbegünstigungsklausel im Krankenhausbereich.

Und hier müssen wir ehrlich sein: 1,8 Milliarden Euro dieser Einsparungen kommen allein aus den Krankenhäusern. Für meine Fraktion hätte ich mir eine gleichmäßigere Verteilung auf mehrere Schultern gewünscht – und zwar dort, wo die Ausgabendynamiken tatsächlich entstehen: im stationären Bereich, in der fachärztlichen Versorgung, durch die überfällige Bereinigung extrabudgetärer Zuschläge, und bei der pharmazeutischen Industrie durch eine maßvolle Erhöhung des Herstellerabschlags.

Und wir äußern an dieser Stelle ausdrücklich unsere Befürchtung:

06.11.2025

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: +49 30 227-78040,
christos.pantazis@bundestag.de

Wenn wir diese Lasten nicht gerechter verteilen, dann werden notwendige Reformschritte in den kommenden Monaten deutlich schwieriger. Wir dürfen nicht die falschen Anreize setzen. Wir müssen den anhaltenden Ausgabenanstieg in allen Bereichen entschieden adressieren, sonst verlieren wir an Problemlösungskompetenz.

Hinzu kommt:

Die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler sind bereits in erheblicher Vorleistung gegangen. Der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz liegt aktuell bei historisch hohem 2,9 Prozent. Viele Kassen haben bereits erhöht – weitere Erhöhungen drohen. Diese Menschen tragen das System. Sie dürfen nicht erneut belastet werden. Wenn wir sozialpolitisch glaubwürdig bleiben wollen, dann müssen wir sagen: Der Faktor Arbeit darf nicht weiter verteuert werden. Denn Deutschland braucht wirtschaftliche Stabilität, Planungssicherheit in Betrieben und Zuversicht bei Beschäftigten.

Deshalb bleibt unser Auftrag klar:

Wir stabilisieren jetzt kurzfristig. Wir liefern strukturelle Antworten mit der Krankenhaus- aber auch der nun anstehenden Notfallreform! Strukturelle Antworten müssen aber auch durch die Finanzkommission im Frühjahr kommen. Und diese Antworten müssen die Lasten fair und systemgerecht verteilen – auf alle Akteure im Gesundheitswesen. Solidarität bedeutet gemeinsame Verantwortung.

Ich komme zum Schluss: Dieses Gesetz ist Ausdruck verantwortungsvoller Politik. Wir stabilisieren, weil es geboten ist. Wir entlasten, wo es nötig ist. Wir strukturieren, wo es sinnvoll ist.

Und wir stärken jene, die unser Gesundheitssystem Tag für Tag tragen – mit Herz, Können und Ausdauer – unser Pflegekräfte in unserem Land und zwar aus Respekt und Anerkennung.

Vielen Dank.“